

Neues aus Stelle

und aus

Achterdeich • Ashausen • Büllhorn

Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



**ORTSVEREIN
STELLE
SPD**

www.spd-stelle.de

An alle Haushalte

27.11.2014

Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder

In unserem Wahlprogramm hatten wir gefordert, dass der Hort dringend ansprechende neue Räumlichkeiten erhält. Dieses Ziel haben wir bereits jetzt in Teilen erreicht.

Mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 ist der Hort in die neuen Räumlichkeiten bei der Grundschule Stelle eingezogen. Die nicht mehr hinnehmbaren Pavillon- / Containerverhältnisse sind beendet.

Allerdings: während die SPD von vornherein darauf gedrängt hatte, Räumlichkeiten für einen 3-Gruppen-Hort zu schaffen, hatte sich der Gemeinderat mehrheitlich zunächst für einen 2-Gruppen Hort entschieden.

Die aktuellen Anmeldezahlen zeigen, dass alle 60 Hortplätze (3 Gruppen) voll belegt sind. Darüber hinaus besteht schon für 2015/2016 eine Warteliste mit 21 Kindern.

Deshalb haben wir bereits jetzt beantragt, die notwendigen Anbaumaßnahmen vorzunehmen.

Ursprünglich sollte mit der Entscheidung bis zum Frühjahr 2015 gewartet werden. Dann allerdings wäre die Fertigstellung bis zum Schuljahresbeginn 2015/2016 nicht sichergestellt. Dieser SPD-Antrag ist am 22.10.2014 in der gemeinsamen Sitzung von Schul- und Jugendausschuss einstimmig angenommen worden.



**Die neuen Räume
in der Schule**

Die SPD wünscht dem Hort einen guten Start am neuen Standort, viel Kinderlachen und noch etwas Geduld bis zur Schaffung der endgültigen Räumlichkeiten.

Aus dem Ganztagsbetrieb der Steller Grundschule wird deutlich, dass auch hier zusätzliche Räume erforderlich sind.

Dies sieht auch der Erlass des Landes zur Ganztagschule vor. Vorsorglich soll daher bei der Durchführung der Anbaumaßnahme für den Hort darauf geachtet werden, dass bautechnisch alle Möglichkeiten für eventuell notwendige Aufstockungen eingeplant werden.

Aus Erfahrung sollte man klug werden.



Bernd Henke, SPD-Fraktionsvorsitzender

Nazis in der Region



Wochenlang ärgerte ich mich über die Hakenkreuze an den Schallschutzwänden am Gleis Richtung Hamburg am Bahnhof in Ashausen. Zum Glück sind diese seit kurzer Zeit fast nicht mehr zu erkennen. Dies gilt leider nicht für andere Nazi-Schmierereien in Stelle.

Noch schlimmer aber ist, was ich im Metronom erlebte, als ich an einem Samstagabend im September von Hamburg aus nach Hause fuhr. Im Anschluss an eine Fahrkartenkontrolle sprach ein unscheinbar wirkender Fahrgast laut und deutlich einen Gruß aus, der seit der Nazizeit in Deutschland unter Strafe steht. Dies geschah in unmittelbarer Nähe von mir und der Fahrkartenkontrolleurin. In sicherem Abstand sprach ich wenige Minuten später die Metronom-Mitarbeiterin, die die Personalien dieses Fahrgastes aus anderem Grund notiert hatte, an und

fragte sie, wie wir nun vorgehen wollten. Sie wies mich mit der Aufforderung, sie damit in Ruhe zu lassen, zurück. Stattdessen notierte sie konzentriert die Personalien eines anderen Schwarzfahrers. Da mir diese Angelegenheit keine Ruhe lies, wandte ich mich gleich am folgenden Montag an die Metronom-Zentrale und schilderte diesen „Vorfall“. Erst nachdem ich noch einmal nachgehakt hatte, wurde mir kurz und knapp mitgeteilt, dass die Metronom-Gesellschaft „in dieser Angelegenheit nichts weiter unternehmen wird“.

Ich stelle mir seitdem die Frage, wie ein Unternehmen, das sogar maßgeblich durch die öffentliche Hand finanziert wird, hier einfach nichts tun kann. Haben wir denn aus dem NSU-Skandal gar nichts gelernt?

Alexander Deierling, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender

Familie und Beruf im Einklang Elterngeld Plus



Mit der Reform des Bundeselterngeldgesetzes und des Elternzeitgesetzes ist im Sommer ein wichtiges familienpolitisches Ziel des Koalitionsvertrages auf den Weg gebracht worden. Der Gesetzentwurf, der auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzielt, enthält das Elterngeld Plus.

Die Einführung des Elterngeldes vor sieben Jahren sorgte für eine wirtschaftliche Absicherung von Familien nach der Geburt eines Kindes, für einen besseren beruflichen Wiedereinstieg von Müttern nach der Babypause, sowie für die allmähliche gesellschaftliche Akzeptanz junger Väter, die eine Auszeit für die Familie nehmen. Bisher wird das Elterngeld 14 Monate lang nach der Geburt des Kindes gezahlt. Der Anspruch verfällt, sobald Eltern während dieser Zeit wieder in Teilzeit arbeiten gehen. Das Elterngeld Plus hingegen kann auch von in Teilzeit arbeitenden Müttern und Vätern bezogen werden, und zwar doppelt so lange: ein Elterngeld-Monat wird zu zwei Elterngeld Plus-Monaten. Ein früher Eintritt in eine Teilzeitbeschäftigung lohnt sich also.

Wer sich darüber hinaus Beruf und Kinderbetreuung partnerschaftlich teilt, kommt in den Genuss der Förderung durch den ergänzenden Partnerschaftsbonus. Teilen sich Mutter und Vater die Betreuung ihres Kindes und arbeiten parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten

sie jeweils zusätzlich für vier Monate Elterngeld Plus. Der Stundenumfang berücksichtigt zwei Dinge: damit Zeit für das Kind bleibt, ist er deutlich unter Vollzeit angesiedelt, muss auf der anderen Seite aber auch höher sein als bei einer geringfügigen Beschäftigung. Somit wird die dauerhafte wirtschaftliche Absicherung der Familie gewährleistet.

Eltern von Zwillingen erhalten, wie ursprünglich vom Gesetzgeber beabsichtigt, einen geburtsbezogenen Anspruch auf Elterngeld. Die Regelungen zum Mehrlingszuschlag, wonach sich das Elterngeld um 300 Euro für jedes Mehrlingsgeschwisterkind erhöht, bleiben bestehen.

Ganz auf die Bedürfnisse von Familie und der gleichzeitigen Vereinbarkeit mit dem Beruf ist ferner die Flexibilisierung der Elternzeit ausgerichtet. Unter dem arbeitsrechtlichen Schutz von erleichterter Teilzeit und besonderem Kündigungsschutz können Eltern grundsätzlich bis zum dritten Geburtstag ihres Kindes Elternzeit nehmen. Künftig können Eltern 24 Monate der Elternzeit (bisher 12 Monate) zwischen dem dritten und achten Geburtstag ihres Kindes beanspruchen – ohne Zustimmung des Arbeitgebers, allerdings mit einer längeren Anmeldefrist von 13 Wochen.

Die Reform ist in meinen Augen ein echter Fortschritt. Auf Dauer werden davon Kinder, Familien, Gesellschaft und Wirtschaft profitieren. Der sozialen Chancengleichheit leisten wir damit einen wichtigen Dienst.

Svenja Stadler, SPD-Bundestagsabgeordnete

FamilienSTELLE

- ein Traum wird wahr



Als in der Gemeinderatssitzung am 24. September 2014 der Einrichtung einer Familienberatungsstelle mehrheitlich zugestimmt wurde, ging für mich ein langjähriger Wunsch in Erfüllung.

Schon bei meinem Eintritt in die SPD habe ich dafür geworben, dass die Gemeinde Stelle etwas

braucht wie ein „Familienzentrum“ oder ein „Familienbüro“.

Ein Ort an dem man sich treffen kann, einfach so um Kontakte zu knüpfen und sich auszutauschen. Aber auch ein Ort an dem Informationen im Zusammenhang mit Familie und Erziehung zu bekommen sind, an dem wichtige Informationen gebündelt werden und –fast- keine Frage am Ende unbeantwortet bleibt. Ein Ort an dem man sofort kompetenten Rat findet oder zumindest vermittelt bekommt. Ein Ort an dem man sich in vertrauensvoller Atmosphäre mit seinen Anliegen sicher fühlen kann.

Seit Mai 2012 ist die Gemeinde Stelle Modellkommune für den Landkreis Harburg und arbeitet am Projekt „STELLEinklusive“ mit dem Ziel der ganzheitlichen und inklusiven Organisation der Kinderbetreuung. Einer der vier Kernbereiche dieses Projektes befasst sich mit der Stärkung der Eltern- und Erziehungskompetenz. In diesem Zusammenhang werden regelmäßig Vorträge in unserer Gemeindebücherei organisiert, das Projekt „soziales Lernen“ und die Ausbildung von Mediatoren an unseren Kindergärten und Grundschulen durchgeführt.

Außerdem hat ein Arbeitstreffen mit Beteiligten der Kinder- und Jugendarbeit und einer großen Elternschaft stattgefunden.

In diesem Arbeitstreffen haben wir Wünsche, Ideen und Voraussetzungen für die Schaffung einer niedrigschwelligen Elternberatung zusammengetragen.

Als Ergebnis ist eine Konzeption erstellt worden, die als „FamilienSTELLE“ umgesetzt werden soll. Voraussichtlich im Januar 2015 wird unsere Familienberatungsstelle in der Kirchstrasse 1 eröffnet werden und unter der kompetenten, in der Familienberatung erfahrenen, Trägerschaft der Quäker Häuser e.V. betrieben werden. Geplant sind zwei sozial-pädagogische Fachkräfte die „FamilienSTELLE“ betreuen werden.

Das Angebot soll sich an alle richten, die mit der Kindererziehung beauftragt sind, also nicht nur Eltern, sondern auch Großeltern, Nachbarn, unsere Pädagogen aus den Kindergärten und Schulen, unsere Gruppenleiter aus Sport und Freizeit und viele mehr.

Die Schaffung dieses Angebotes ist unserer Gemeinde immerhin 35.000 € wert, nochmal die gleiche Summe wird –hoffentlich- vom Landkreis kommen, um das Projekt tatsächlich umsetzen zu können.

Ich wünsche mir, dass alle hingehen und das neue Angebot ab 2015 testen. Ich werde es ganz bestimmt tun, nicht nur um Kaffee zu trinken und netten Menschen zu begegnen, sondern auch, um die eine oder andere Frage loszuwerden, die mir bisher nie groß oder wichtig genug erschien, um mich an offizielle Stellen zu wenden.

Dr. Dagmar Knüppelholz, SPD-Gemeinderatsmitglied

Auch Bäume prägen unseren Ort

Zum Schutz von besonders erhaltenswerten und ortsbildprägenden Bäumen haben BIGS, Die Grünen und die SPD gemeinsam beantragt, eine Satzung zu erlassen. Zurückgreifen kann der Rat insbesondere auf eine Ausarbeitung des „Grünen Kreises“, die allerdings aktualisiert werden muss.

Die Bäume bzw. Gehölze sollen in ein Kataster aufgenommen werden, das in regelmäßigen Abständen überarbeitet werden soll.

Bei der Auswahl der in Schutz gestellten Bäume bzw. Gehölze soll nicht nur die Höhe oder Durchmesser ausschlaggebend sein, auch besondere Ausprägungen und Wuchsformen, wie z.B. bei der Schirmkiefer im Bereich der Kurzen Heide, spielen eine Rolle.

Die Satzung soll die Eigentümer der Flächen nicht nur zum Schutz verpflichten, sie will auch die Eigentümer finanziell bei der Erhaltung und Pflege der Bäume unterstützen.

Bereits in der Drucksache der Gemeinde wurde ausgeführt, dass „Bäume unverzichtbare Bestandteile des Bildes unserer Ortschaften sind“. Sie haben unseren Schutz verdient.

Bernd Henke

Schaffendes Stelle 2014

SPD Verkehrsquiz

Auch in diesem Jahr war die SPD mit einem Stand auf der Gewerbemesse „Schaffendes Stelle“ vertreten.



Wie bei vielen anderen Ausstellern wartete auch am SPD-Stand ein spannendes Quiz auf die Besucher. Da wir in diesem Jahr mit den Einwohnern unserer Gemeinde über die aktuelle Verkehrssituation in Stelle diskutiert haben, hat sich unser Schatzmeister Werner Klein ein spannendes Verkehrsquiz ausgedacht. Die Besucher sollten ihr Wissen um die Bedeutung und Verhaltensregeln bei 12 Verkehrsfragen unter Beweis



stellen. Alle Fragen stammten aus dem aktuellen Katalog der Führerscheinprüfung. 33 Frauen und 37 Männer aus Stelle, Hamburg und anderen Orten des Landkreises nahmen die Herausforderung an und testeten ihr Wissen. Nach Auswertung der Fragebögen stand fest: nur eine Teilnehmerin hatte alle Fragen richtig beantwortet.

Frau Carolin Kottsieper aus Stelle ist damit die alleinige Siegerin unseres Gewinnspiels.

Frau Kottsieper freute sich sehr, als Martina Köse ihr den Gewinn, einen Bücher-gutschein der ABC-Buchhandlung in Stelle, überreichte.



Frau Carolin Kottsieper hat als einzige Teilnehmerin alle Fragen richtig beantwortet

Auf den Plätzen folgen Stefan Klaude aus Ashausen und Klaus Lehmann aus Stelle. Auch die beiden weiteren Gewinner freuten sich sichtlich über den Besuch der beiden Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Stelle Martina Köse und Elke Leschinski und nahmen ihren Preis freudig entgegen.



Stefan Klaude (oben) und Klaus Lehmann (unten) kamen auf die 2. Plätze



Aktive Bürgergesellschaft nachhaltig stärken



Im Hinblick auf den Internationalen Tag des Ehrenamts am 5. Dezember möchte ich an dieser Stelle ein paar Worte über die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft anbringen.

Als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für bürgerschaftliches Engagement bin ich mit dem Thema auf ganz besondere Weise verbunden.

Das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, ob zum Beispiel in der Betreuung von Mitmenschen, in der Organisation kultureller Veranstaltungen oder auf politischem Feld, ist ein unverzichtbarer Grundpfeiler eines solidarischen, verantwortungsvollen und aufgeklärten Miteinanders.

Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt deshalb Wege, mit denen die aktive Bürgergesellschaft nachhaltig gestärkt und gefördert wird.

Unser Hauptinteresse gilt dabei den Menschen, die sich freiwillig für andere engagieren und dafür nichts weiter fordern als Anerkennung.

Und die wollen wir ihnen zukommen lassen.

Etwa 23 Millionen Menschen sind in Deutschland ehrenamtlich tätig. Das ist eine durchaus beachtliche Zahl. Dennoch wollen wir politisch alles tun, damit das bürgerschaftliche Engagement noch mehr und vor allem stetig neue Menschen zum Mitmachen motiviert. Dazu haben wir uns einige Ziele gesetzt.

Die Förderung von Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen steht ebenso im Fokus wie der Ausbau und die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste. Hier gibt es einiges zu tun, um neue Zielgruppen, wie vor allem benachteiligte Jugendliche und Erwachsene, zu gewinnen. Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels sollten die Potentiale der Älteren genutzt und durch echte Beteiligungsmöglichkeiten mobilisiert werden. Auch den rund 17 Millionen Migrantinnen und Migranten muss eine Teilhabe an Ehrenämtern ermöglicht werden.

Im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern, den Ausbau der Engagementforschung vorantreiben und die öffentliche Anerkennung der Beteiligten sicherstellen. Weil vor allem auch die Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung tragen, setzen wir auf den Ausbau und die Förderung, die in diesem Bereich notwendig ist.

Svenja Stadler
SPD-Bundestagsmitglied

Liebe Neubürgerinnen, liebe Neubürger,

der SPD Ortsverein Stelle heißt alle Neubürgerinnen und Neubürger unserer Gemeinde herzlich willkommen. Wir wünschen Ihnen, dass Sie sich schnell in unserer Gemeinde heimisch fühlen.

Kindergärten, Grundschulen, eine Oberschule, vielfältige Möglichkeiten zur Sport- und Freizeitgestaltung sowie eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden machen unsere Gemeinde lebens- und liebenswert. Die Nähe zur Metropole Hamburg und die guten Verkehrsanbindungen machen unseren Ort zu „einem attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort“. Dazu kommt, dass die Gemeinde seit Jahren nahezu schuldenfrei ist.

Die Gemeinde lebt vom aktiven Mitmachen seiner Bürgerinnen und Bürger. Sie als Neubürgerin und Neubürger sind herzlichst eingeladen, diese Gemeinde noch lebenswerter zu machen. Gerne auch bei uns in der SPD.

Michael Feske
SPD Ortsvereinsvorsitzender

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



jetzt beginnt sie wieder, die Adventszeit. Eine Zeit, die auf so wundersame Weise gleichzeitig hektisch und stressig, wie geruhsam und besinnlich ist. Zumindest geht es mir so und Ihnen vielleicht auch. Es beginnt auch die Zeit der Jahresrückblicke. Auch ich möchte auf das bald vergangene Jahr zurück blicken.

Ende Mai wurde das neue Europaparlament gewählt. Erstmals wurde den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, einen Spitzenkandidaten für den Kommissionspräsidenten zu wählen. Wir konnten gegenüber der letzten Wahl über 6% zulegen, dennoch ist die Wahl zu Gunsten der Konservativen ausgefallen. Es war richtig und wichtig von uns Sozialdemokraten, nun den Spitzenkandidaten der Konservativen, Jean-Claude Juncker, zu unterstützen. Damit das Versprechen, den Spitzenkandidaten der Parteien bereits vor der Wahl zu kennen, auch eingelöst wurde und nicht noch ein anderer Kommissionspräsident „aus dem Hut gezaubert“ wird.

Ende Juni hatten Sie die Möglichkeit, uns ihre Meinung zu sagen: zur geplanten Ansiedlung eines Aldi Zentrallagers im Gewerbegebiet Fachenfelde Süd. Sie standen dem Vorhaben überwiegend ablehnend gegenüber. Die Befragung war aufgrund der vielen Teilnehmer ein toller Erfolg. Beendet wurde die Diskussion bekanntermaßen von unserem Bürgermeister selbst, der die Gespräche mit Aldi mit der Begründung fehlender Transparenz für beendet erklärte. Wir werden solche Befragungen bei entsprechenden Themen wiederholen. Versprochen!

Die Biogasanlage war ebenfalls wieder Thema in unserer Gemeinde. Wir haben die vorhabenbezogene Erweiterung der Anlage kritisch begleitet. Insbesondere Fragen zur Reinhaltung des Grundwassers haben uns dabei beschäftigt. Eine Änderung im Genehmigungsverfahren durch die Bauherren der Biogasanlage reduzierte die Frage der Erweiterung schließlich auf ein knappes „ja“ oder „nein“. Unter diesen Umständen konnten wir der Erweiterung nicht zustimmen.

Auch in Zukunft werden wir uns um die Belange der Gemeinde kümmern. Das wären zum Beispiel das Nachbarschaftshaus und das große Thema Verkehr in unserer Gemeinde. Auch Fachenfelde Süd bleibt als ausgewiesenes Gewerbegebiet ein Thema.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventzeit, Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Michael Feske

SPD Ortsvereinsvorsitzender

Neue Ratsmehrheit in Stelle erteilt der Erweiterung der Biogasanlage eine Absage

Die SPD ist nach Abwägung der Bürgereinwände zu dem Schluß gekommen, die Erweiterung der Biogasanlage abzulehnen und hat zusammen mit BIGS und Grünen für die Beendigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gesorgt. Damit ist der Erweiterung der Biogasanlage in Stelle die planungsrechtliche Grundlage entzogen und diese Maßnahme endgültig vom Tisch.

Die SPD wird weiter im Auge behalten, dass bei baulichen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Biogasanlage vorgegebene Baugrenzen, insbesondere bezüglich der Höhe, nicht überschritten werden.

Der Beurteilung der Wassergüte, auch für die Zukunft, wird nach wie vor ein hoher Stellenwert beigemessen, angesichts des Betriebes der Biogasanlage unmittelbar angrenzend an ein Wasserschutzgebiet, und der möglichen Gefahr einer Überdüngung infolge der Ausbringung von Gärresten. Deshalb wurde auf Initiative der SPD ein Gutachten zur Wasserqualität eingefordert und mit den Stimmen von SPD, BIGS und Grünen die Gemeindeverwaltung beauftragt, dieses einzuholen. Die Information der Bürger über die Ergebnisse der Wasseruntersuchung ist für die SPD selbstverständlich.

Manfred Leschinski (SPD-Gemeinderatsmitglied)